

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 7. September 2020 / Lundi après-midi, 7 septembre 2020

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**49 2020.RRGR.153 Motion 104-2020 Bauer (Wabern, SP)
Corona-Prämie für systemrelevante Berufe**

**49 2020.RRGR.153 Motion 104-2020 Bauer (Wabern, PS)
« Primes corona » dans des métiers d'importance systémique**

Präsident. Wir fahren fort in der Geschäftsordnung des heutigen Tages. Das Traktandum 49 ist eine Motion von Grossrätin Tanja Bauer mit dem Titel «Corona-Prämie für systemrelevante Berufe». Wir sind in der freien Debatte. Die Regierung ist nicht bereit, diese Motion anzunehmen. Ich gebe das Wort der Motionärin.

Tanja Bauer, Wabern (SP). «Systemrelevant»: Bis im März wurde dieser Begriff für Banken und Finanzinstitute verwendet. Seit der Coronakrise aber wird er plötzlich für die arbeitende Bevölkerung verwendet, insbesondere für Berufe, die sonst kaum Beachtung erhalten. Gerade der Bundesrat hat sich mehrfach auf systemrelevante Berufe bezogen. Ich würde Ihnen gerne einen kurzen Auszug aus einer Rede zitieren: «Wertschätzung in Franken. Eine Ressource werden wir nach der Krise ganz besonders brauchen: unseren Sinn für gesellschaftliche Fairness. In dieser Krise ist es uns allen bewusst geworden: Gerade in sogenannt systemrelevanten Berufen werden zum Teil tiefe Löhne bezahlt, sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht, von der Alterspflege über die Kinderbetreuung bis zur Lebensmittelversorgung.» Und weiter sagt er: «Systemrelevante Berufe? Bezeichnen wir diese Tätigkeiten doch künftig als das, was sie sind: lebenswichtige Berufe. Wer es mit der Wertschätzung der lebenswichtigen Berufe ernst meint, drückt diesen Wert auch in Franken aus.» Während der ersten Welle wurde sehr oft von systemrelevanten Berufen gesprochen. Wie wir gehört haben, tat dies auch der Bundesrat. Lassen wir uns aber nicht täuschen: Dass eine Berufsgruppe als systemrelevant bezeichnet wurde, hatte überhaupt nicht nur mit Wertschätzung zu tun. Es ging auch darum, die zum Teil harten Bedingungen und die grossen Risiken, welche diese Berufsgruppen eingehen müssen, schönzureden. Während der Coronakrise als systemrelevant bezeichnet zu werden, bedeutete für die Angestellten dieser Berufe nichts Gutes. Für die Pflegenden wurde das Arbeitsgesetz ausser Kraft gesetzt, sie mussten maximale Flexibilität an den Tag legen, ihre Überstunden aufbrauchen, waren grossen Gesundheitsrisiken ausgesetzt und hatten nicht immer überall das notwendige Schutzmaterial. Das hatte Folgen: Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass rund 10 Prozent aller Covid-Fälle weltweit das Gesundheitspersonal betreffen. Wer in der Kinderbetreuung arbeitete, musste vom ersten Tag an in Ausnahmesituationen Lösungen finden, ohne das persönliche Risiko abschätzen zu können und ohne Schutz, denn Kinder können nicht mit Abstand betreut werden. Wer bei einem Detailhändler angestellt war, war am Anfang ungenügend geschützt und kam mit sehr vielen Menschen in Kontakt. Wie gross der Stress für die Angestellten war, können sich viele, die im Homeoffice waren, nicht vorstellen. Ich finde es befremdend, dass wir bereit waren, Berufe als systemrelevant zu bezeichnen, solange es darum ging, Opfer zu verlangen, uns aber überhaupt nicht mehr daran erinnern können, sobald es um Anerkennung geht, oder in den Worten des Bundesrates: um Wertschätzung in Franken. Der vorliegende Vorstoss ist so formuliert, dass die Regierung Spielraum hat, den Begriff «systemrelevante Angestellte während der Coronakrise» zu definieren. Sie kann zusätzliche Berufsgruppen aufnehmen. Sie kann Arbeitgeberinnen in die Pflicht nehmen. Und sie kann in einer gesetzlichen Grundlage regeln, wer genau innerhalb dieser Berufsgruppen welche Wertschätzung in Franken erhalten soll. Die Aufgabe einer Regierung ist nämlich nicht nur, eine Krise zu bewältigen. Sie muss, wie es der Bundesrat sagt, für gesellschaftliche Fairness sorgen. So bezahlen beispielsweise Schweden, Portugal, Frankreich, Griechenland, Belgien, Ungarn, Spanien, Kanada, die Niederlande, Wales, Österreich, Australien, Litauen und Lettland Corona-Prämien für das Gesundheitspersonal. In Berlin erhalten rund 25'000 Beschäftigte eine Prämie von bis zu 1000 Euro. Die Stadt Wien

stellt zusätzliche Prämien von 2 Mio. Euro für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung.

Le Grand Conseil neuchâtelois a décidé en mai dernier une gratification salariale en faveur du personnel exposé au Covid-19. La recommandation demande que le Conseil-exécutif agisse auprès des partenaires sociaux afin que le personnel soignant, mais aussi les employés du commerce de détail, de la voirie, de la logistique et du nettoyage exposés à des conditions de travail extrêmement dures durant la crise du Covid-19 soient reconnus par une gratification extraordinaire.

Der Regierungsrat argumentiert, dass eine solche Prämie hohe Kosten zur Folge hätte. Dabei sind die Berechnungen natürlich fiktiv und haben kaum eine Grundlage. Es ist aber klar: Es würde etwas kosten und es soll auch etwas kosten. Abgesehen davon, dass es fair ist, ist es in Krisenzeiten auch eine ausgesprochen sinnvolle Massnahme, die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken. Dies stärkt die Volkswirtschaft nach der Krise und ist zentral. Wenn es darum geht, systemrelevante Banken zu retten, scheinen weder Kosten noch Aufwand ein Problem zu sein. Aber wenn es um eine Corona-Prämie für Angestellte geht, ist dies auf einmal aufwändig. Ich bin sicher, dass mit den Sozialpartnern schlanke Lösungen gefunden werden können, so wie in anderen Ländern auch. Die Corona-Prämie ersetzt auf gar keinen Fall eine bessere Bezahlung und auch nicht bessere Arbeitsbedingungen. Mit einer Corona-Prämie kann der Kanton aber Anerkennung und Wertschätzung der Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Oder in den Worten des Bundesrates: «Wer es mit der Wertschätzung der lebenswichtigen Berufe ernst meint, drückt diesen Wert auch in Franken aus.» Ich bitte Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Präsident. Wir beraten diese Motion und kommen zu den Fraktionen. Als Erster für die BDP-Fraktion Grossrat Philip Kohli.

Philip Kohli, Bern (BDP). Es ist klar, dass in den von den Motionären erwähnten Berufen während des Lockdowns echt Grosses geleistet wurde. Aber auch in den anderen Berufen, wie zum Beispiel bei der Polizei, der Armee, dem Zivilschutz, den Lehrern. Ihnen allen gebührt Dank und Anerkennung. Systemrelevant: «Systemrelevant» hat sicher neben «Corona», «Covid», «Geisterspiel», «Koch» usw. einen guten Startplatz bei der Wahl zum Wort des Jahres 2020. Aber juristisch ist der Ausdruck «systemrelevant» nicht bekannt und auch nicht klar definiert. Welche Branchen sollen also genau als systemrelevant gelten? Wer hat dies zu entscheiden? Vorhin habe ich gehört, es solle der Regierungsrat sein. Diejenigen, die an der Front arbeiten, zum Beispiel das Verkaufspersonal, hätten aber auch nicht arbeiten können, wenn nicht im Hintergrund Leute wie beispielsweise IT-Fachleute oder Zulieferer Arbeit erledigt hätten. Eine Corona-Prämie für die Einen würde also Ungerechtigkeit und Rechtsungleichheit für die Anderen auslösen, einerseits zwischen den Branchen und Berufsgruppen, andererseits auch innerhalb von Unternehmen.

Wie der Regierungsrat zu Recht festhält, ist es Sache der Arbeitgeber, im Rahmen ihrer personal- und finanzrechtlichen Möglichkeiten allgemeine oder auch individuelle Corona-Prämien zu sprechen. Der Regierungsrat hat im Übrigen von diesem Recht auch selber Gebrauch gemacht: Für die Mitarbeitenden der GSI, der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, hat er beispielsweise eine Zusatzausschüttung von 40'000 Franken für Sonderprämien bewilligt. Dies haben auch unzählige andere Arbeitgebende auf ihre Weise und nach ihren finanziellen Möglichkeiten getan, und das ist auch gut so. Die BDP-Fraktion folgt nach dem Gesagten einstimmig dem Regierungsrat und lehnt diese Motion ab.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Die Motion möchte den Regierungsrat beauftragen, den Angestellten in den systemrelevanten Berufsfeldern der Pflege, der Reinigung, der Kindertagesstätten, des Detailhandels, des öffentlichen Verkehrs, der Abfallentsorgung, all den Personen, die während der Coronakrise den Service public für die Bevölkerung, für uns alle, geleistet und die es ermöglicht haben, dass unsere Gesellschaft weiterhin funktioniert, eine einmalige Corona-Prämie auszuzahlen. Es ist unverständlich, dass der Regierungsrat auf diese durchaus berechnete Forderung nicht eingehen will und sie zur Ablehnung empfiehlt. Wir bedauern dies sehr. Wir haben in verschiedenen Reden mehrmals erwähnt, wie dankbar wir unseren Angestellten im Service public, den Mitarbeitenden im Detailhandel und vielen anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind, die es ermöglicht haben, dass die für uns alle unverzichtbare Infrastruktur trotz der Einschränkungen in der Coronakrise funktionieren konnte. Wir haben diesen Dank auch durch unsere Fenster hinaus mit Applaus und Liedern wie «Bella ciao» ausgesprochen. Jetzt sollten wir unseren Dank konkretisieren und diesen Angestellten eine einmalige Prämie aussprechen. Mindestens so viel ist auf jeden Fall gerechtfertigt und müsste auch selbstverständlich sein.

Der Regierungsrat erwähnt in seiner Antwort, wie schwierig es sei, diese Berufsgruppen zu definieren, und nennt noch andere Berufsgruppen wie zum Beispiel die Polizei. Diese kann er durchaus auf die Liste nehmen, wenn er die Forderung erfüllt. Dagegen haben wir nichts und möchten allen unseren Dank aussprechen, die während dieser schwierigen Zeit, ja, manchmal unter risikobehafteten Bedingungen, ihre Arbeit für uns alle geleistet haben. Einzig beim Militär sieht es etwas anders aus. Wir denken nicht, dass in diesem Sektor eine Prämie sinnvoll ist, denn das Militär ist in der Schweiz eigentlich und zum Glück sonst eher unterbeschäftigt, wie wir alle wissen. Es kann ja nicht so schwierig sein, diese Berufsgruppen zu definieren, wenn Deutschland, England, andere Kantone wie zum Beispiel Neuchâtel dies schaffen. Ich traue es meiner Regierung also durchaus zu, eine Definition der oben erwähnten Gruppen machen zu können.

Der Regierungsrat macht eine Rechnung von 1000 Franken für 100'000 Angestellte und kommt auf einmalige Mehrkosten von 100 Mio. Franken für eine Corona-Prämie. Ja, zugegeben, der Betrag ist hoch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vorstoss verlangt aber keinen fixen Betrag. Mit 500 Franken Prämie haben wir den Betrag halbiert. Und rufen wir uns doch in Erinnerung: Auf nationaler Ebene haben wir über 70 Mrd. Franken in die Coronakrise investiert, und es wird wahrscheinlich noch viel mehr werden. Daher sind 50 bis 100 Mio. Franken auf kantonaler Ebene also nicht wirklich enorm viel – erst recht dann nicht, wenn wir an den nicht etwa einmaligen, sondern wiederkehrenden Betrag der Steuerreduktionen für natürliche und juristische Personen von 70 Mio. Franken denken, auf den wir offenbar gut verzichten können. Wir sollten nicht vergessen, dass die Prämie, um die es in diesem Vorstoss geht, letztlich auch wieder der Wirtschaft dienen und so als Massnahme zur Minderung der Wirtschaftskrise wirken wird. Die grüne Fraktion unterstützt die Motion.

Adrian Haas, Bern (FDP). Die FDP sieht es wie der Regierungsrat: Dieser Vorstoss muss bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt werden. Wenn nämlich keine ausserordentliche Lage im Sinne von Art. 91 der Kantonsverfassung (KV) mehr besteht, endet grundsätzlich auch die Kompetenz des Regierungsrates, Notverordnungsrecht zu erlassen. Es müsste also wieder eine neue Situation entstehen. Ich verweise auch auf das Gutachten von Herrn Prof. Uhlmann. Aber auch inhaltlich ist dieser Vorstoss nicht zu Ende gedacht. «Systemrelevant» ist ein ziemlich schwammiger Begriff, er reicht vom Banker – der nämlich ebenfalls einen systemrelevanten Job hat, wenn er den Zahlungsverkehr zum Beispiel für die Onlineshops macht, bei denen Leute ihr Essen bestellen – über die IT-Spezialisten, die Entsorgungsleute, die Elektrizitätswerksangestellten, die Pflegenden natürlich, die Polizei, die Post bis hin zu den Garagisten, welche die Fahrzeuge zum Beispiel der Post oder der Zulieferdienste für Onlinepakete flicken. Ich glaube also, man müsste es dann schon ein wenig weiter sehen, und dann muss man bald fast die ganze Wirtschaft dazuzählen. Dieser Vorstoss ist gut gemeint, aber aufgrund der nicht mehr bestehenden Notrechtslage rechtlich nicht umsetzbar und würde zusätzlich eben viele Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten schaffen. Eigentlich hätte man diesen Vorstoss zurückziehen müssen; wir haben über diese ganze Geschichte bereits diskutiert unter dem Titel des Applausvorstosses (*M 085-2020*), Traktandum Nr. 19, und dieser wurde ja mit 95 zu 49 Stimmen abgelehnt. Ich verstehe nicht ganz, warum man nun nochmals die gleiche Diskussion führen muss. Aber es sei nun so.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion gebe ich das Wort Grossrat Daniel Wyrsh.

Daniel Wyrsh, Jegenstorf (SP). Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass wir die Arbeit dieser systemrelevanten Berufe wertschätzen wollen. Wenn es aber um Geld geht, sind wir uns schon nicht mehr so einig, Farbe zu bekennen. Warum eigentlich? Es wird immer bestritten, dass man das Geld überhaupt verteilen könne, weil man nicht wisse, welche Berufe dazugehörten, wie hoch die Summe sei usw. Wenn aber zum Beispiel die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion 40'000 Franken intern verteilen will, fragt niemand, ob dies dann so gerecht ist und ob dann die Richtigen das Richtige erhalten. Es wird einfach gemacht. Oder wenn es in anderen Betrieben, in der Wirtschaft, Boni oder Leistungsprämien gibt, findet man auch immer einen Verteiler, und meistens ist dies auch nicht ganz so gerecht. Aber ich glaube, es spielt nicht so eine Rolle, ob es immer genau gerecht ist oder nicht. Es geht hier darum, ein Zeichen zu setzen, und dies scheint uns in unserer Fraktion doch etwas sehr Wichtiges zu sein.

Wir sprechen hier von einer Motion. Es ist nicht beschrieben, dass es 1000 Franken sein müssen, es ist nicht beschrieben, dass es 100'000 Franken sein müssen, sondern es ist ein Auftrag an den Regierungsrat, dieses Geld zu verteilen und zu schauen, wer wieviel erhalten soll. Andere Kantone können dies, dann kann es sicher auch der Kanton Bern. Unterstützen Sie deshalb diese Motion,

wie es meine Fraktion ebenfalls einstimmig tut.

Tom Gerber, Reconvilier (EVP). Il est vrai que la crise du coronavirus a donné lieu à un certain nombre de constatations intéressantes : tout d'abord, la constatation que les personnes les mieux payées ne sont pas forcément indispensables et que d'autres branches plutôt mal payées sont en réalité d'importance systémique. En tant qu'agriculteur, je ne peux m'empêcher de signaler au motionnaire que vous nous avez oubliés. Mais de toute manière, vous en avez oublié d'autres, et vous n'arriverez pas à établir une liste claire de ce qui est d'importance systémique et de ce qui ne l'est pas. Par contre, et dans le but de poursuivre une meilleure valorisation des personnes à bas salaire d'importance systémique, et peut-être, pour la prochaine motion, vous pourriez vous concentrer et réduire les salaires des employés percevant des hauts, voire des très hauts salaires, et qui ne sont finalement pas d'importance systémique. Ceci permettrait non de dépenser plus – comme le provoquerait l'adoption de la présente motion – mais moins.

Bref, revenons à nos moutons : le groupe évangélique reconnaît le travail important et tient à remercier les personnes que vous avez mentionnées. Mais aussi celles que vous avez oubliées. Cependant, l'importance systémique ne peut être clairement définie sans créer de nouvelles injustices, et l'Etat a, à notre avis, dans la situation actuelle simplement pas les moyens de donner suite à vos souhaits. Ainsi, le groupe évangélique refusera la motion qui nous est soumise.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). In der EDU-Fraktion können und wollen wir nicht abgrenzen, welche Berufe systemrelevant sind. Dies haben mehrere Sprecher letzte Woche auch bereits bestätigt. Die Liste, welche weiteren Berufe mit einer Corona-Prämie unterstützt werden sollen, könnte beliebig erweitert werden. Mit einer Corona-Prämie an einzelne Berufsgruppen schaffen wir Ungerechtigkeiten und Rechtsungleichheiten. Wir lehnen diesen Vorstoss ab.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Ich könnte nun mein Votum zum Traktandum 19 «Applaus reicht nicht» (*M 085-2020*) wieder hervorholen und vorlesen, es ist schliesslich bereits eine Woche her, und es geht grossmehrheitlich um das gleiche Anliegen. Und dadurch, dass meine Vorredner Haas und Gerber schon relativ viel gesagt haben, kann ich hier abkürzen. Ein Hauptthema ist die Frage, wer systemrelevant ist und wer nicht. Ich habe es bereits letzte Woche gesagt: Die Pandemie hat unsere ganze Gesellschaft getroffen, und entsprechend haben auch alle dazu beigetragen, dass unser System weiterlief – auch die, die zu Hause waren, die sich in der Nachbarschaft engagierten, weil sie nicht arbeiteten, auch die im Homeoffice oder die Arbeitgeber, die über Nacht Schutzmassnahmen aus dem Boden stampften, damit die Leute eben arbeiten konnten und nicht in die Kurzarbeit mussten.

Es dürfe etwas kosten, sagte die Motionärin, und es sei für die ganze Volkswirtschaft eine gute Art, in Krisenfällen die Kaufkraft zu stärken. Grossrat Sancar hat wahrscheinlich meinen Input von letzter Woche wegen der Steuern aufgenommen. Er hat festgestellt, dass die 100 Mio. Franken, die der Regierungsrat hier in diesem Vorstoss einmal monetarisiert hat, ja mehr sind als die 70 Mio. Franken, um die es dann geht, wenn man die Steuerstrategie weiterverfolgen würde. Die 40 Mio. Franken von der Ökosteuer oder der Motorfahrzeugsteuer hat er wohl noch gar nicht eingerechnet. Mit Blick auf unsere Kantonsfinanzen wünschen wir Grünliberalen uns, dass wir die Ausgaben dort tätigen, wo sie nachhaltig sind und einen langfristigen Mehrwert schaffen. Und die Motionärin hat selber gesagt, dass ein solcher Bonus das eigentliche Problem der tiefen Löhne bei gewissen Berufsgruppen nicht löst. Entsprechend lehnen wir diese Motion ab und werden, wie schon letzte Woche gesagt, an der Steuerstrategie festhalten.

Urs Buri, Hasle b. B. (SVP). Auch die SVP-Fraktion hat ihre Meinung innerhalb weniger Tage nicht geändert, was Sie nicht wundern wird. Wir lehnen diesen Vorstoss einstimmig ab. Nicht, weil wir nicht überzeugt sind, dass genau diese Berufe schon immer wichtig waren und wichtig bleiben. Aber wir sind auch überzeugt, dass wir die Krise nur gemeinsam bewältigen können.

Ich habe zu Hause selber zwei Pflegefachfrauen als Töchter und meine Frau arbeitet ebenfalls im Spital. Sie arbeiten zum Teil im Inselspital und zum Teil im Spital. Wir haben diesen Vorstoss am Stubentisch besprochen und ich sagte ihnen, ich könne ihnen wohl nicht helfen und eine Prämie nicht unterstützen. Sie lächelten ein wenig und beide Pflegefachfrauen sagten mir, glücklicherweise sei es so gelaufen, sie würden es nie wieder so schön haben wie im Lockdown. Jetzt hätten sie nämlich wieder sehr viel zu tun, seien angespannt und hätten volle Betten. Dies sagte die Pflegefachfrau, die auf der Abteilung Chirurgie arbeitet. Zum Glück blieb es ja so, wir hatten im Kanton

Bern zum Glück nicht so viele Fälle wie erwartet, die Abteilung blieb bis auf wenige Notfälle leer und sie hatten den vollen Lohn. Das haben sie mir so auch attestiert. Und das Inselspital hat auch bereits reagiert: Diejenige, die am Inselspital arbeitet, sagt, sie hätten seither 60 Franken mehr Lohn erhalten, und die Umfrage bei ihnen habe ganz klar gezeigt, dass man nicht so sehr für eine Prämie einstehe, sondern dass die zu tiefen Löhne das Problem seien. Und dieses, glaube ich, muss man anders lösen. Immerhin haben wir in den Budgets 1,5 Prozent für Lohnerhöhungen in diesen Sektoren. Nehmen Sie die Grossverteiler, die sehr gute Zeiten hatten: Wir kaufen nämlich im Monat für etwa 1 Mrd. Franken im Ausland ein. Dies konnten wir zum Glück nicht und die Grossverteiler profitierten. Ich hoffe, dass sie dies dann auch an ihre Mitarbeitenden weitergeben.

Ich glaube, es würde wohl in der Bevölkerung nicht gut ankommen, wenn wir nun in der Krise, da wir über Defizite in Millionenhöhe sprechen, 100 Mio. Franken oder wie viel auch immer verteilen gehen würden. Denn wir hatten bereits innerhalb der Berufsgruppen grosse Unterschiede und die einen haben bestimmt mehr gefordert als die anderen. Deshalb würden wir nur Ungerechtigkeiten schaffen.

Präsident. Wir wechseln zu den Einzelsprechenden. Première intervenante à titre personnel, Mme la députée Maurane Riesen.

Maurane Riesen, Moutier (PSA). Nous avons vécu une période sans précédent. Une période qui va marquer durablement les esprits et notre société. Et tout le monde a, d'une manière ou d'une autre, été impacté par cette crise. Vous aussi, les membres du gouvernement, et je pense notamment à Monsieur Schnegg et son personnel, vous avez dû en passer des nuits blanches et nous vous remercions sincèrement pour votre engagement à protéger la population.

Durant le semi-confinement, certains métiers ont été particulièrement mis à rude épreuve. Certaines personnes ont travaillé énormément, dans des conditions difficiles et avec une pression énorme. Je pense au personnel soignant, de nettoyage, de commerce de détail, aux pharmacies, aux chercheurs, et à beaucoup d'autres. Ce sont, de surcroît, des métiers qui manquent cruellement de reconnaissance dans notre société, ce qui est reflété notamment par leur salaire plutôt bas en comparaison avec d'autres.

Il est temps maintenant de dire merci à ces personnes. Et ce avec un vrai geste de reconnaissance. Je ne doute pas que le Conseil-exécutif est capable de définir quels métiers rentreraient dans cette catégorie. D'autres cantons l'ont fait, on a entendu l'exemple de Neuchâtel, il y a également le Conseil-exécutif de Fribourg qui a accepté un mandat, en engageant un crédit d'1 million de francs pour le personnel de l'Etat particulièrement engagé dans la lutte contre le Covid-19. Il propose 1000 francs pour le personnel en première ligne et 500 francs pour le personnel en deuxième ligne. La forme de cette prime passerait par une plateforme de soutien aux commerçants locaux qui permet d'acquérir des bons à faire valoir auprès des commerces, restaurants et services touchés par la crise. D'ailleurs, à mentionner aussi qu'aux Etats-Unis, de distribuer 1000 dollars à chaque habitant fait partie de leur plan de relance économique. Une telle approche aurait donc non seulement l'avantage de remercier les personnes qui ont fait fonctionner ce canton durant la crise mais, en plus, elle aurait un avantage pour redynamiser l'économie régionale. Merci de soutenir cette motion, de remercier ces efforts extraordinaires et de soutenir l'économie locale via ce geste.

Präsident. Und dann noch die Mitmotionärin, Grossrätin Meret Schindler, ebenfalls als Einzelsprechende.

Meret Schindler, Bern (SP). Die GSI bezahlt ihren Angestellten, die in der Covid-Krise viel arbeiten mussten, eine Prämie aus. Das ist logisch und fair und ein Anfang. Warum bezahlt sie dann den anderen vergleichbaren Stellen nichts aus? Wie es vorhin Grossrat Wyrsh sagte, ist es doch kein Grund, dass die einen zu Unrecht zu viel erhalten könnten. Die Regierung widerspricht mit dieser Antwort ihrer eigenen Praxis. Und die Begründung, es betreffe zu viele Leute, zeigt doch eigentlich, wie wichtig es eben war, dass in dieser Zeit alle in diesem Kanton gearbeitet haben. Und deshalb ist hier auch der richtige Ort für eine Geste.

Die Regierung geht kategorisch von 1000 Franken aus. Wir sagen in diesem Vorstoss nichts zur Höhe der Prämie. Und was die Frage angeht, wie man herausfinden würde, wer nun systemrelevant wäre: Jeder und jede in diesem Kanton füllt ab dem Alter von 16 Jahren jeden Frühling eine Steuererklärung aus; ich jedenfalls tue dies. Und ich schreibe dort zum Beispiel auch hin, wer mein Arbeitgeber und was mein Beruf ist. Ich gehe davon aus, dass dies alle hier machen, wenn Sie es nicht

machen lassen. Aber auch dann müssen Sie bekanntgeben, wo Sie arbeiten und als was.

Die Regierung findet, es sei Sache der Institutionen, den Effort zu honorieren. Die von der BDP, der FDP, der EVP und eben auch der Regierung erwähnten fehlenden Polizistinnen, Lehrer und weitere kann man selbstverständlich ebenfalls berücksichtigen. Der Kanton ist hier ja klar der Arbeitgeber, und wie ich die Voten gehört und die Antwort der Regierung gelesen habe, gehe ich davon aus, dass es ja in diesem Fall zum Glück wohl auch bereits so gemacht wird. Dieser Vorstoss erweitert die Liste der Berechtigten aus der erwähnten Motion Imboden (*M 085-2020*) von letzter Woche. Und zur Aussage der glp, es sei zu wenig langfristig: Der Motion Imboden haben wir ja eben in den Punkten 2 und 3, welche mehr Geld für langfristige Investition wie Lohnerhöhungen wollten, ebenfalls nicht zugestimmt.

Zu Buri Urs von der SVP: Ein Teil der Leute in den Spitälern hatte wirklich nichts zu tun. Sie mussten aber bereit sein und bei Bedarf aushelfen gehen, sie hatten eine Einrückungszeit von einer Stunde. Es ist aber auch so, dass sie seit dem 1. April im Inselspital 60 Franken mehr erhalten, in den anderen Spitälern sind es 50 Franken. Und dies hat nichts mit Corona zu tun. Es geht darum, dass die Leute, die es nicht der Arbeitszeit anrechnen können, wenn sie sich umziehen, neuerdings eine Geldprämie erhalten, damit sie eben diese Zeit auf irgendeine Rechnungsart angerechnet bekommen. Aber das hat überhaupt nichts mit der Corona-Prämie zu tun, das würde Ihnen Herr Jocham selbstverständlich ebenfalls so erklären. Mit diesen Argumenten und noch vielen weiteren bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Präsident. Die Motionärin will nach der Regierung sprechen. Ich geben das Wort an Regierungsrat Christoph Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektor. Ich glaube, es ist uns allen bewusst, dass in dieser ausserordentlichen Zeit des Lockdowns Unzählige in diesem Kanton Ausserordentliches geleistet haben. Angefangen bei der Nachbarschaftshilfe, bei Kindern, die für ihre Eltern und Grosseltern einkaufen gingen, über die Kinderbetreuung, zum Teil an den Schulen, zum Teil auf privater Basis, bis hin zu dem, was vielleicht auch die Behörden gemacht haben in dieser Zeit, und ganz sicher bis zu dem, was in den sogenannt systemrelevanten Berufen geleistet wurde. Die Regierung hat mehrfach und immer wieder und mit grossem Respekt und grosser Anerkennung für das Geleistete gedankt. Und dieser Dank war aufrichtig und wollte auch als Zeichen der Wertschätzung verstanden werden.

Es ist der Regierung selbstverständlich klar, dass Wertschätzung nicht nur aus Danken besteht. Es ist klar, dass man Dank auch in anderer Form aussprechen und einrichten kann und vielleicht sogar sollte. Und die Regierung unterscheidet hier halt, geschätzte Grossrätinnen, das Wünschbare vom Machbaren. Eine Corona-Prämie für alle, die Ausserordentliches geleistet haben, aber auch für die eingangs Erwähnten, die Nachbarschaftshilfe geleistet haben, wäre sehr, sehr wünschbar, auch nach Auffassung der Regierung. Aber wenn man genauer hinschaut, ist die Umsetzung dieses Vorstosses nicht machbar. Davon ist die Regierung überzeugt.

Die Gründe wurden nun mehrfach aufgezählt. Es beginnt dort, wo man sich die Frage stellen muss, wer denn innerhalb einer bestimmten Berufsgruppe systemrelevant ist: Ist es wirklich jeder oder jede, oder bestimmte Führungsfunktionen nicht, oder gerade eben doch? Was ist systemrelevant, wo ist die Ausserordentlichkeit festzustellen? Diese trennscharfe Definition gibt es nicht, und wie es mehrere Fraktionssprechende gesagt haben, wird es in jedem Fall zu Ungerechtigkeiten und Rechtsungleichheiten kommen. In jedem Fall. Ein weiterer Punkt, der ebenfalls erwähnt wurde, ist, dass dem Kanton schlichtweg die nötigen Informationen und Kontaktangaben fehlen, um dann einen solchen individuellen Anspruch festzustellen. Sie müssen sich vorstellen, dass wir im Kanton Bern rund 500'000 Arbeitnehmende haben. Nun müsste man diese eingrenzen in sogenannt systemrelevante Gruppen, dort wieder eingrenzen in die Bedeutung, die Leistung, die Ausserordentlichkeit dessen, was gemacht wurde, und anschliessend einen Mechanismus festlegen, wie man was mit einer Prämie bedienen will respektive wer Anspruch haben soll.

Und der nächste Punkt ist, dass man dann halt auch die Rechnung machen muss. Natürlich ist diese Zahl von 100'000 Franken und je 1000 Franken einmal einen Finger in die Luft gestreckt. Aber es ist nicht einfach eine fiktive Zahl, sondern je nach Definition liegt dieses Mengengerüst eben sehr schnell bei 100'000 Beschäftigten. Und ungeachtet dessen, ob man dann eine Prämie von 1000 Franken ausbezahlt, was 100 Mio. Franken ausmacht, oder ob man eine Prämie von 500 Franken gewährt, was dann immer noch 50 Mio. Franken wären, ist die Regierung der Auffassung, dass dies bei der heutigen Finanzlage schlicht nicht finanzierbar ist. Auch die Regierung hat festgestellt und

erwartet dies auch zu einem gewissen Grad, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Rahmen ihrer Möglichkeiten Covid-Prämien auszahlen. Das ist bis jetzt auch bereits geschehen. Es gibt einen Konzern, der in dieser Zeit des Lockdowns, gerade auch im ländlichen Gebiet, in Tankstellenshops oder eingeschossigen, grün angestrichenen Gebäuden dafür gesorgt hat, dass die Lebensmittelversorgung flächendeckend möglich war. Dieser Konzern hat seinen Leuten, unabhängig von der Funktion und vom Anstellungsgrad, 500 Franken Prämie ausbezahlt. Das wird gemacht, das schätzt die Regierung auch. Sie sieht aber keine weitergehenden Möglichkeiten durch einen Staatseingriff und bittet Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

Präsident. Das Wort hat nochmals die Motionärin, Frau Grossrätin Tanja Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Es ist symbolträchtig, dass eine so selbstverständliche Sache wie eine Prämie für Angestellte, die ganz ohne Zweifel Ausserordentliches geleistet haben, was auch von niemandem hier bezweifelt wurde, eine solche Debatte auslöst. Anhand dieser Debatte zeigt sich auch, warum die Arbeitsbedingungen für die Berufe, um die es hier geht, so schlecht sind: Es fehlt enorm an Wertschätzung für die Arbeit, die geleistet wird – insbesondere an Wertschätzung in Franken, denn die andere sind wir ja schon zu geben bereit.

Zum Argument, dies sei teuer für den Kanton, möchte ich etwas sagen, das mich wirklich sehr beschäftigt: Diese Kosten gibt es heute ebenfalls. Zu tiefe Löhne bedeuten, dass die Arbeitnehmerinnen – und der Bundesrat sagt selber, dass vor allem Frauen in den Berufen arbeiten, um die es uns primär geht – heute schlicht für sehr wenig Lohn arbeiten. Sie sind hohe Gesundheitsrisiken eingegangen, in einer Zeit, da man wirklich nicht wusste, welche Schutzkonzepte man genau braucht. Und es ist das Minimum, dass man ihnen eine Prämie ausbezahlt und sie nicht nur mit Worten und Applaus tröstet. Das dünkt mich sehr wichtig.

Zum Thema Systemrelevanz: Mich dünkt es auch sehr interessant, dass man solche Angst vor Ungerechtigkeiten hat. Denn auch so, wie es heute läuft, kann es ungerecht sein. Und wenn man wirklich wollte, könnte man dies definieren. Klar, es braucht ein wenig Mut, aber andere Länder und Kantone definieren dies ebenfalls. Und selbstverständlich muss man das Wünschbare vom Machbaren trennen. Deshalb schlagen wir ja auch primär fünf Berufsgruppen vor. Dies heisst auch nicht, dass alle in diesen Berufsgruppen gleich viel erhalten, und es heisst auch nicht, dass es ausgeschlossen ist, in einer anderen Berufsgruppe ebenfalls noch Prämien zu bezahlen. Ich bin selbstverständlich dafür, dass man dies möglichst breit tut, aber Sie selbst haben gesagt, es dürften dann nicht zu viele Begünstigte sein. Dort hat die Regierung also Spielraum, um zu sagen, wie viele dann insgesamt betroffen sein sollen. Aber andere Kantone geben dieses Zeichen. Sie geben dieses Zeichen der Wertschätzung in Franken, zu dem uns der Bundesrat eigentlich aufruft.

Zum Argument, der Kanton sei nicht zuständig: Sie waren hier bei verschiedenen Debatten dabei. Letztes Mal haben wir über die GAV-Pflicht im Kita-Bereich gesprochen. Das Problem ist, dass bei den Kitas nicht so viel Geld vorhanden ist, schon gar nicht nach diesem Lockdown. Sie sind zum Teil sehr eng drin; auch beim ÖV, auch bei den Spitälern. Sie wissen alle ganz genau, dass nicht alle so viel Gewinn gemacht haben wie die Detailhändler. Und ich finde, wir als Gesellschaft haben sehr wohl eine Verantwortung dafür, dass alle, die Ausserordentliches geleistet haben in einer schwierigen Situation, eine Prämie erhalten.

Am Schluss bleibt mir noch zu sagen: Es freut mich, dass sowohl die glp als auch die SVP darauf beharrt haben, dass man nachhaltige Lösungen suchen soll, und gesagt haben, man solle die Löhne verbessern. Ja, dafür bin ich sehr, sehr stark. Das wäre das Beste, was wir machen können. Wenn aber schon nur für eine Prämie die Wertschätzung fehlt, habe ich dort ein wenig Bedenken. Aber ich werde gern auf Sie zukommen, wenn es darum geht, die Löhne und die Arbeitsbedingungen in diesen Berufen zu verbessern.

Präsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Traktandum 49, eine Motion von Grossrätin Tanja Bauer, «Corona-Prämie für systemrelevante Berufe». Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.153)

Vote (2020.RRGR.153)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 39

Nein / Non 108

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 108 Nein- gegenüber 39 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.